

Claus (PDS):

Herr Abgeordneter! Ich habe wirklich eine Frage, zu der ich nicht die Antwort schon weiß, wie das hier manchmal so ist.

Im ersten Entwurf wurde in der 1. Lesung des Umweltrahmengesetzes den Käufern oder Betreibern von Altanlagen - ich will mal so sagen - ein gewisser Freibrief erteilt. Sie haben auf das Problem hingewiesen, und nun haben wir hier auf Seite 3 ein neues Angebot.

Ich möchte Sie fragen: Welche Möglichkeit sehen Sie zur besseren gesetzlichen Regelung des Altanlagenproblems? Müßten wir hier nicht auch in der Überleitungsgesetzgebung etwas tun und vielleicht dann weitergereicht an den Minister, was läßt sich mit Verordnungen tun? Ich weiß, daß Herr Prof. Steinberg auf diesem Gebiet sehr intensiv bemüht ist, das Problem zu lösen, und eine glücklichere Hand hat als am gestrigen Tag.

Dr. Dörf ler (Bündnis 90/Grüne):

Ja, eine bessere gesetzliche Regelung ist unbedingt erforderlich. Ich weiß, daß diesbezüglich auch noch ein Antrag vorliegt von der SPD, der noch zur Debatte gestellt wird. Dieser Antrag ist ein erster Schritt, wäre ein erster Versuch, ein Kompromiß, um in dieser Richtung etwas mehr Klarheit zu schaffen.

Ich denke aber, daß wir hier noch einen großen Teil Arbeit vor uns haben. Wir stehen da absolut am Anfang, und wir ahnen gar nicht, welche Probleme wir unseren Kindern hinterlassen, wenn wir nicht jetzt diese Entscheidung treffen, was wir mit den Altanlagen machen, wie wir diese sichern,

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

damit sich der Schaden nicht noch weiter ausweitet.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Es gibt noch eine Anfrage aus den Reihen der CDU. Sind Sie bereit, darauf einzugehen? - Bitte schön, Herr Bechstein.

Dr. Bechstein (CDU/DA):

Stimmen Sie mir zu, daß die Lösung unserer konkreten ökologischen Probleme in diesem Land auch und vorrangig eine Lösung der ökonomischen Probleme bedeutet?

Dr. Dörf ler (Bündnis 90/Grüne):

Ja, ich sehe es so, wir können nicht so verfahren, daß wir erst der Wirtschaft einen Freiraum gewähren sollten, um anschließend dann die Umwelt wieder zu reparieren. Das hatten wir schon.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Wir müssen es lernen, den Umweltschutz, die Forderungen des Umweltschutzes, vor allem des vorbeugenden Umweltschutzes, in der Wirtschaft zu realisieren.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne, SPD und PDS)

Dr. Bechstein (CDU/DA):

Da muß ich noch eine Frage nachschieben. Woher wollen Sie das Geld nehmen ...?

(Meier, PDS: Das haben die früher auch gesagt! - Heiterkeit)

(Dr. Dörf ler, Bündnis 90/Grüne: Die Frage ist beantwortet.)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Es gibt noch eine Anfrage. Sind Sie bereit, auch darauf noch zu reagieren?

Dr. Grüning (CDU/DA):

Herr Abgeordneter, mich hat Ihr Beispiel mit Ihrem Privatauto sehr verwundert. Darf ich davon ausgehen, daß Ihnen Ihr Privatkraftfahrzeug genauso wichtig ist wie ein großes Energieunternehmen?

Dr. Dörf ler (Bündnis 90/Grüne):

Ich habe zwar ein Auto, aber wenn Sie dieses Auto näher inspizieren, werden sie feststellen, daß mir das Auto keineswegs wichtig ist.

(Beifall und Heiterkeit bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Wir setzen die Aussprache fort, und zwar in der Reihenfolge der Fraktionen DBD/DFD, CDU/DA, PDS, DSU, Die Liberalen. Von der Fraktion der SPD liegt keine Wortmeldung vor. Es schließt sich demzufolge jetzt nach meiner Vorstellung an die Fraktion DBD/DFD, Abgeordneter Werner Marusch.

Marusch für die Fraktion DBD/DFD:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein altes deutsches Sprichwort sagt: „Was lange währt, wird endlich gut.“ Ich möchte diese Weisheit unseres Volkes auf die Arbeit an dem uns heute zur Beschlußfassung vorliegenden Umweltrahmengesetz angewandt wissen. Viel Fleiß und Mühe wurden aufgewandt, um diesem Gesetz Inhalt und Form geben zu helfen, mit dem Ziel, unter Beachtung der Einhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt eine leistungsfähige Wirtschaft für wachsenden Wohlstand zu schaffen.

Schon jetzt ist abzusehen, daß die Verwirklichung des Umweltrahmengesetzes eine Hilfe dafür sein wird, Umweltschutz und -Wirtschaft in der DDR so zu entwickeln, wie sie den Vorstellungen der Menschen entsprechen, wie es unsere Pflicht ist, Leben zu schützen, Gesundheit und Arbeitsplätze zu erhalten.

Mit dem Blick auf das einheitliche Deutschland und Europa ist in diesem Rahmen Bewährtes aus beiden deutschen Staaten eingeflossen. Für künftig Neues, für die Schaffung der Umweltunion wurde der Boden bereitet. Vielfältige Gutachten und Gespräche vor Ort haben im Rahmengesetz Vertiefung gefunden. Außerordentlich engagiert das Ministerium von Prof. Steinberg! Ratgeber waren uns auch nicht wenige unserer Landsleute aus der Bundesrepublik Deutschland. In solidarischer Hilfe leisteten sie als Mitarbeiter von Umweltbehörden, als Juristen, als Wissenschaftler, als Umwelt- und Naturschützer und nicht zuletzt auch als ökologische Landwirte Beistand bei dem nicht leichten Eindringen in bundesdeutsches Umweltrecht. Ihnen allen möchte ich im Namen unserer Fraktion und in meinem eigenen Namen als Mitglied des Ausschusses für Umweltschutz, Naturschutz, Energie und Reaktorschutz den herzlichsten Dank sagen.

Diese gemeinsame Öffentlichkeit aus Ost und West unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit des Änderungsvorschlages zur Ergänzung der Präambel. Damit soll gewährleistet werden, die Öffentlichkeit in Verfahren einzubeziehen, die eine effiziente Mitarbeit breiter Kreise der Bevölkerung motiviert, damit zu geistigen Haltungen im Bewußtsein der Bürger führt und ein reales Verhältnis von Ökologie und Ökonomie erwachsen läßt.

Wie wirksam diese Hilfe bereits heute ist, macht die Praxis bereits vor Inkrafttreten des neuen Umweltrechtes zum 1. Juli die-